

Enteignung? In Usingen geht die Angst um

von Matthias Pieren

Wenn die Nordostumgehung kommt, müssen die Landwirte Wirtschaftsflächen abgeben

Auch wenn der Eschbacher Ortslandwirt Hansjörg Scheidler die Ausgleichsmaßnahmen für die Nordostumgehung als „zivil“ bezeichnet, so fürchten sich einige Landwirte doch vor einer Enteignung. Vorgelegt wurde nun eine Alternative.

Usingen. Die geplante Nordostumgehung führt durch Ackerflächen und Grünland, bevor sie von der B 456 wieder südlich von Usingen an die Bestandsstrecke anschließt. Die Bürger müssen sich an Lärm und ein verändertes Landschaftsbild gewöhnen, für die Landwirte bedeutet es hingegen den Verlust von Wirtschaftsflächen. Zumal die Nordostumgehung im vordringlichen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans für 2030 aufgenommen ist.

„Wir haben die für die Gemarkungen Usingen und Eschbach zuständigen Ortslandwirte über den aktuellen Planungsstand, die landschaftspflegerische Begleitplanung sowie die vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen informiert und um Rückmeldung gebeten“, teilt Hessen Mobil den aktuellen Planungsstand auf TZ-Anfrage mit. Hintergrund: Dort, wo durch Baumaßnahmen der öffentlichen Hand landwirtschaftliche Flächen verloren gehen, müssen vor der Baumaßnahme Ausgleichsflächen ausgewiesen werden. Bemessen werden diese in sogenannten Ökopunkten. Diese Punkte haben, je nach Maßnahme, einen entsprechenden monetären Gegenwert.

Eschbachs Ortslandwirt Hansjörg Scheidler bewertet die im aktuellen Planungsstand für den Bau der Nordostumgehung vorgesehenen Ausgleichsmaßnahmen als „zivil“, weil die dafür vorgesehenen Flächen nicht komplett aus der aktiven Landwirtschaft herausgenommen werden müssen. Scheidler – zugleich Stadtverordneter der Grünen und Mitglied im Umweltausschuss – präsentierte den Eschbacher Landwirten den Verlauf der geplanten Umgehungsstraße auf einer Karte.

Rechts und links der in einem Dreiviertelkreis um Usingens Nordostumgehung waren kleinere grüne Flächen eingezeichnet. Nördlich Eschbachs sind darauf orangefarbene Flächen schraffiert. Die grünen Flächen zeigen die Gebiete auf, auf denen die Landschaft künftig nur noch extensiv betrieben werden darf. Auf den orangefarbenen Flächen müssen die Landwirte sogenannte „Lerchenfenster“ anlegen. „Das sind einzelne zehn Quadratmeter große Areale innerhalb von landwirtschaftlich genutzten Flächen, die nicht bewirtschaftet werden dürfen. Sie sollen Feldlerchen Lande- und Brutflächen sowie ausreichend Futtermöglichkeiten ermöglichen“, erklärte der Geschäftsführer des Kreisbauernverbandes, Florian Dangel, anlässlich der Bauernversammlung dieser Tage (Lesen Sie dazu auch ZUM THEMA).

Die Landwirte äußerten an diesem Abend auch die Angst vor einer „Enteignung“. Schließlich sind Umgehungsstraßen von so großem öffentlichem Interesse, dass sich die Landeigentümer nicht gegen den Aufkauf ihrer Acker- und Weideflächen wehren können, wenn dieser für den Bau notwendig wäre.

„Wenn Hessen Mobil den betroffenen Landeigentümern Lerchenfenster als Ausgleichsmaßnahme anbietet, so ist das zu begrüßen“, sagte Dangel. „Landwirte können ihre Weidefläche weiter bewirtschaften, müssen an wenigen Stellen lediglich für wenige Quadratmeter die Mähmaschine kurz anheben und diese Flächen aus der Bewirtschaftung herausnehmen.“

Scheidler riet den Landwirten, die betroffenen Ausgleichszahlungen nicht gestreckt auf 30 Jahre in Anspruch zu nehmen, sondern sich als einen Betrag auszahlen zu lassen. „Der Betrag erlaubt es dann, die Ausgleichszahlung insgesamt zu investieren.“

Grundsätzlich seien die auf Eschbacher Gemarkung vorgesehenen Ausgleichsflächen nicht sonderlich umfangreich, weil die Stadt bereits den Großteil, der für den Straßenneubau als Ausgleichsfläche vorgesehene Land aufgekauft habe. „Die Wiesen im Usatal sind bereits als extensivierte Flächen vorgesehen“, so Scheidler.

Artikel vom 31.10.2016, 03:30 Uhr (letzte Änderung 31.10.2016, 03:31 Uhr)

Artikel: <http://www.fnp.de/lokales/hochtaunus/usinger-land/Enteignung-In-Usingen-geht-die-Angst-um;art48706,2293959>

© 2016 Frankfurter Neue Presse